

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

28.07.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>LNG-Terminal: Gascade wehrt sich gegen Kritik</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 28.07.2023</i> .....	3
2   <b>„Was wollen die alle vor unserer schönen Insel Rügen?“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 28.07.2023</i> .....	4
3   <b>Apex will in Lubmin Wasserstoff herstellen – Millionen-Beihilfe für Brunsbüttel</b> <i>zfk.de (Zeitung für kommunale Wirtschaft), 27.07.2023</i> .....	5
4   <b>Kein Plan für Atommüll</b> <i>nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland), 28.07.2023</i> .....	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 28.07.2023 | S. 18

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Christopher Hirsch

## LNG-Terminal: Gascade wehrt sich gegen Kritik

Der Gasnetzbetreiber Gascade hat das Genehmigungsverfahren für die Anbindungsleitung des geplanten Rügener Terminals für Flüssigerdgas (LNG) gegen Kritik verteidigt. Die von Umweltschützern angeforderte Prüfung grenzüberschreitender Umweltauswirkungen sei nicht erforderlich, teilte ein Gascade-Sprecher am Donnerstag auf Anfrage mit.

Der Leiter des Ostseebüros der Umweltstiftung WWF, Finn Viehberg, hatte gesagt, dass bei einem Projekt dieser Größenordnung auch Nachbarländer beteiligt und eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden müssten. Die geplante Leitung vom Gasleitungsknotenpunkt im vor-

pommerschen Lubmin bis zum geplanten Terminal in Mukran im Norden Rügens ist etwa 50 Kilometer lang. Im Fall einer Genehmigung ohne grenzübergreifende Beteiligung riskiere Deutschland eine Normkontrollklage, so Viehberg.

Gascade beruft sich hingegen auf das LNG-Beschleunigungsgesetz (LNGG), in das Mukran als LNG-Standort erst kürzlich aufgenommen wurde. Laut LNGG kann auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet werden. Das Gesetz hat das Ziel, die Genehmigung für LNG-Infrastruktur im Sinne der Energieversorgungssicherheit zu beschleunigen.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 28.07.2023 | S. 6

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Juliane Lange

## ERNEUERBARE ENERGIEN

# „Was wollen die alle vor unserer schönen Insel Rügen?“

## Die Ausbaupläne, die Deutschland gemeinsam mit Dänemark und Schweden vorantreibt, stoßen bei OZ-Lesern auf gemischte Reaktionen.

Der Ausbau von Offshore-Windkraftanlagen in der Ostsee vor der Küste MVs stößt auf Skepsis. Vor allem die Anrainer Dänemark und Schweden treiben die Pläne mit Nachdruck voran. Anfang Juni unterzeichneten Deutschland und Dänemark dazu ein Kooperationsabkommen, das den gemeinsamen Ausbau der Windkraft besiegelt. Heißt: Deutschland und Dänemark teilen sich künftig die Leitungen.


Während die Umweltverbände die vor Rügen geplanten Projekte als Beeinträchtigung wichtiger Vogelzugrouten ansehen und nach ihrer Ansicht der Naturschutz dem Ausbau der Windenergie zum Opfer falle, klagen Leserinnen und Leser über möglicherweise steigende Gebühren. Denn die Kosten für den Windkraftausbau auf der Ostsee könnten sich für die Verbraucher in MV in Form höherer Netzentgelte niederschlagen.

Jörg Dickmanns wettet: „Noch mehr Phantomstrom, den wir bezahlen können, ohne ihn zu verbrauchen. Wir brauchen diese Anlagen nicht, sondern Leitungen, die den Strom abtransportieren.“ Anton Schmidt fügt hierzu an: „Noch besser wären Speicher, um den unverbrauchten Strom speichern zu können. Aktuell werden unsere Nachbarländer dafür bezahlt, dass sie diesen abnehmen.“ Aufkommen müsse dafür bis dato der Steuerzahler. Robert Rossow fragt sich: „Was wollen die eigentlich alle vor unserer schönen Insel Rügen?“ Rossow verlangt, dass die Anlagen „vor der Haustür“ der Dänen und Schweden gebaut werden. „Das ist ja wohl unglaublich.“ Jörg Schimmel beobachtet: „Die

Skandinavier bauen die erneuerbaren Energien strukturiert aus und setzen unter anderem noch länger auf Atomstrom.“ Zu Erstgenanntem gehörten nun die großen Windkraftanlagen vor Rügen, so Schimmel.

„Und was macht unser Klimaminister? AKW abschalten, dafür wieder mehr Kohle und ein LNG-Terminal auf Rügen. Verkehrte Welt!“ Der Leser hat das Gefühl: „Habeck und die Grünen wollen zu viel, nehmen die Menschen nicht mit und machen Klientelpolitik, die nicht besser ist als die der FDP etc.“ Dabei wäre es möglich gewesen, die Atomkraftwerke in Deutschland länger am Netz zu lassen, so Schimmel. „Aber nun ist das leider Schnee von gestern. In Schweden und Finnland ist der Strompreis halb so hoch wie hier, Wärmepumpen kosten die Hälfte etc. Das liegt unter anderem am Atomstrom und einer besseren Förderung.“ Schimmel sieht dringenden Nachbesserungsbedarf: „Man kann es nicht nur besser machen, man muss es besser machen.“

Die Zustimmung zum Klimaschutz hat sich seit 2021, also in nur zwei Jahren, halbiert. Parallel dazu hat sich die Zustimmung zur AfD fast verdoppelt. Die Wirtschaft schrumpft, das Migrationsproblem ist nach wie vor ungelöst. Viel schlimmer geht es kaum.“ Ramon Simon sagt mit Blick auf die Projekte der dänischen und schwedischen Wirtschaft: „Die haben es verstanden, jetzt wird Kasse gemacht.“ Und Ingo Mueller hält ernüchtert fest: „Wenn wir es nicht tun, machen es eben die Skandinavier.“

 zfk.de (Zeitung für kommunale Wirtschaft) | 27.07.2023

 dpa

 WEBLINK

## GAS

# Apex will in Lubmin Wasserstoff herstellen – Millionen-Beihilfe für Brunsbüttel

*Der Elektrolyse-Spezialist Apex will einen dreistelligen Millionenbetrag in die Wasserstoffproduktion investieren. Die EU hat derweil eine 40-Millionen-Beihilfe für den LNG-Terminal Brunsbüttel genehmigt.*

Auch das Unternehmen Apex aus Laage bei Rostock will im vorpommerschen Lubmin in Zukunft Wasserstoff herstellen. Dafür habe man sich an dem Energiestandort drei Grundstücke per Vereinbarung gesichert, teilte der Elektrolyse-Spezialist am Donnerstag mit. Man wolle auf dem Areal mit bis zu 600 Megawatt Elektrolyseleistung Wasserstoff produzieren. Die Fertigstellung der ersten Ausbaustufe sei für 2027 geplant.

CO<sub>2</sub>-neutral hergestellter Wasserstoff etwa auf Basis von Strom aus Windkraft gilt als wichtiger Energiespeicher für eine klimaneutrale Zukunft. Bei seiner Verbrennung mit Sauerstoff entsteht schlicht Wasser und kein klimaschädliches Treibhausgas.

In Lubmin landen Kabel von Offshore-Windparks an. Außerdem gibt es hier einen Knotenpunkt von Gasleitungen, die teilweise für den Transport von Wasserstoff ertüchtigt werden sollen. «Lubmin ist der vielversprechendste und wichtigste Standort für die deutsche Wasserstoffindustrie», lobte Apex-Chef Peter Rößner. Auch eine Wasserstofftankstelle für den Schwerlastverkehr ist laut Apex geplant. Für die erste Ausbaustufe ist von Investitionen in Höhe von rund 210 Millionen Euro die Rede.

### Ähnliches Projekt ist im Rostocker Hafen geplant

Bereits im vergangenen Jahr hatten zwei Unternehmen angekündigt, in Lubmin zusammen eine der größten Anlagen in Europa zur Herstellung von grünem Wasserstoff bauen zu wollen. Ein ähnliches Projekt ist im Rostocker Hafen geplant. Unter anderem die Landesregierung hofft, dass der Nordosten etwa dank Windkraft und Wasserstoff in Zukunft als Energiestandort an Bedeutung gewinnt.

### Brunsbüttel: RWE und Gasunie profitieren von Beihilfe für LNG-Terminal

Eine weitere interessante Meldung in Sachen Gasversorgung kam gestern aus Brüssel: Die EU-Kommission hat eine staatliche Beihilfe Deutschlands in Höhe von voraussichtlich 40 Millionen Euro für das LNG-Terminal in Brunsbüttel genehmigt. Der Anlandeplatz für Flüssigerdgas werde die Gasversorgung und -infrastruktur in Deutschland verbessern und so auch zur Energiesicherheit der EU beitragen, sagte die für Wettbewerb zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager am Donnerstag in Brüssel.

«Die heute genehmigte Maßnahme enthält ausreichende Vorkehrungen, um etwaige Wettbewerbsverzerrungen zu begrenzen.» Von der Beihilfe werden das Energieunternehmen RWE und der niederländische Energienetzbetreiber Gasunie profitieren, wie die EU-Kommission mitteilte.

### KfW zahlt Dividende, falls Jahresrendite bestimmten Wert unterschreitet

Konkret soll die staatliche Förderbank KfW den beiden Unternehmen einen Anteil an den vom Betreiber des LNG-Terminals gezahlten Dividenden gewähren, falls die Jahresrendite des Projekts unter einen bestimmten Prozentsatz sinkt. Die Betreiberfirma ist ein Gemeinschaftsprojekt der KfW, Gasunie und RWE.

Wenn das Projekt hingegen genug Geld abwerfe, sollen keine Beihilfen gezahlt werden, hieß es. Den Angaben zufolge wird aber geschätzt, dass sich die Höhe der Hilfe auf 40 Millionen Euro belaufen dürfte. Der Mechanismus, über den das Geld verteilt werden soll, ist auf 15 Jahre angelegt.

Deutschland setzt unter anderem auf LNG (Liquefied Natural Gas), um russische Gaslieferungen zu ersetzen. Es baut dafür im Eiltempo eine eigene Infrastruk-

tur auf. Ende März war Gas erstmalig in das Terminal in Brunsbüttel eingespeist worden, weitere LNG-Anlandepunkte gibt es in Wilhelmshaven und Lubmin.

## Kein Plan für Atommüll

### Die Endlagerung von radioaktiven Abfällen bleibt ungeklärt

*Der Standort zur Lagerung von hoch radioaktivem Atommüll soll frühestens 2046 feststehen. Auch für schwächere Atomreste gibt es bisher keinen Platz.*

Die Suche nach einem Endlager für den hoch radioaktiven Atommüll verzögert sich um viele Jahre. Die hier federführende Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hatte kürzlich bekannt gegeben, dass der Standort statt wie im Gesetz vorgesehen nicht 2031, sondern frühestens 2046 feststehen wird. Ein anderes Szenario sieht sogar einen Zeitkorridor bis 2068 vor. Die Debatte greift viel zu kurz, sagen Atomkraftgegner. Sie sorgen sich um den Verbleib der schwach- und mittel-radioaktiven Abfälle und wollen das Thema deshalb mehr in den Fokus rücken.

Der Umgang mit dieser Kategorie Atommüll sei »ein großes, bisher wenig diskutiertes Problem«, sagt der Sprecher der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmke. Weder die BGE mit Sitz in Peine noch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) packten die Sache richtig an. Beim geplanten Endlager für hoch radioaktiven Müll beaufsichtigt das BASE den Suchprozess und organisiert die Beteiligung der Öffentlichkeit.

Für einen Teil der angefallenen und noch anfallenden schwach- und mittel-radioaktiven Abfälle ist bislang das frühere Eisenerzbergwerk Schacht Konrad vorgesehen. Die Grube wird von der BGE umgebaut und darf laut Genehmigungsbescheid bis zu 303 000 Kubikmeter Atommüll aufnehmen. Ob Schacht Konrad jemals in Betrieb geht, ist aber offen. Denn die Umweltverbände BUND und Nabu haben beim niedersächsischen Umweltministerium den Widerruf der Genehmigung beantragt, weil sie nicht mehr dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entspreche.

Ein breites Bündnis, das vom Salzgitteraner CDU-Oberbürgermeister Frank Klingebiel über das Landvolk bis zur IG Metall in der Region reicht, unterstützt den Vorstoß. Landesumweltminister Christian Meyer (Grüne) will bis Jahresende über den Antrag entscheiden.

Für die schwach- und mittel-radioaktiven Abfälle, die

aus dem maroden Bergwerk Asse bei Wolfenbüttel geborgen werden sollen sowie für die Rückstände aus der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau wäre im Schacht Konrad überdies gar kein Platz. Abgereichertes Uran aus Gronau wurde in der Vergangenheit nach Russland transportiert. Im russischen Atomkomplex Novouralsk war kürzlich ein Fass mit Uran explodiert, das möglicherweise aus Deutschland stammt.

Das Volumen allein dieser Abfälle aus der Asse und Gronau beläuft sich Schätzungen zufolge auf bis zu 300 000 Kubikmeter. Diese Menge, die nicht im Schacht Konrad eingelagert werden dürfe, müsse wohl am künftigen Standort des Endlagers für hochradioaktiven Müll in ein »Kombilager« unter Tage verfrachtet werden, sagt Wolfgang Ehmke. Sollte dieses Kombilager nicht zu realisieren sein, ist allerdings auch denkbar, dass für den Asse- und Gronau-Müll ein eigener Standort gesucht und gefunden werden muss. Vorausgesetzt, Schacht Konrad geht doch in Betrieb, gäbe es in der Bundesrepublik insgesamt drei dauerhafte Lagerstätten für radioaktive Abfälle.

Auf diese Situation müssten sich auch die Menschen an allen Zwischenlagern einstellen, sagte Ehmke. In Gorleben gebe es beispielsweise neben der Castorhalle mit 113 Behältern auch ein Zwischenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle. In Fässern, Betonbehältern und Containern lagern dort radioaktive Rückstände vor allem aus Atomkraftwerken. Seit Bestehen der Halle im Jahr 1984 komme es zu Feuchtigkeit und Korrosionserscheinungen.

»Der Müll aus diesem Lager fließt nicht ab«, berichtet Ehmke. »Er muss ebenfalls dauerhaft sicher zwischengelagert werden, wahrscheinlich deutlich länger als gedacht, weil der Schacht Konrad nicht zur Verfügung steht.« BASE und BGE seien gut beraten, vom Scheitern des Konrad-Projekts auszugehen, betont Ehmke. Sie müssten bei der Standortsuche auch den Umgang

mit den schwächeren Abfällen auf dem Radar haben, den könnten.  
statt Ziele zu setzen, die dann nicht eingehalten wer-